

## **EP-G-01** B - Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.09.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

### **Antragstext**

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende  
2 Wetterextreme haben
- 3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und  
4 Rentner\*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft  
5 Einschnitte  
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage  
7 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene  
8 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 9 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist,  
10 wenn  
11 wir zusammenstehen - in Deutschland und Europa.
- 12 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt.  
13 Europa  
14 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von  
15 Millionen von  
16 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die  
17 Menschen in  
18 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen  
19 können,  
20 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 21 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
22 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann  
23 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten  
24 Wohlstand  
25 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn  
26 erarbeiten.
- 27 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für klimaneutrales  
28 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs für  
29 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand  
30 und  
31 bedingen einander.
- 32 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz  
33 jeder  
34 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der  
35 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den  
36 Anspruch der  
37 Bürger\*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger  
38 Gesundheitsversorgung.
- 39 Es sorgt dafür, dass Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt

dazu bei,  
27 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

28 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union,  
die  
29 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in  
Würde und  
30 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem  
Auskommen  
31 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
32 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

33 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird.  
Dafür  
34 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen  
dafür  
35 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union  
leben  
36 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

37 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und  
starke  
38 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der  
EU,  
39 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur  
die  
40 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion  
für  
41 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
42 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung  
wirksam vor.

43 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und  
vor Ort  
44 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität  
sprechen, dann  
45 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen  
Sozialmodells,  
46 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle  
47 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die  
48 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der  
demografische  
49 Wandel die Arbeitswelt verändern.

50 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa  
51 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen  
Politik.  
52 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen  
rechtsverbindliche  
53 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der  
Sozialstaat  
54 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale  
55 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

56 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,  
57 das  
58 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte  
59 Europa  
60 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in  
61 der  
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair  
63 bezahlter  
64 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.  
65 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es  
66 bekämpft  
67 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
68 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den  
69 Generationen, Familien  
70 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU  
71 angelegt. Für  
72 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

## 66 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

### 67 **Faire Löhne erreichen**

68 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen  
69 Mitsprache  
70 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer von  
71 seiner  
72 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich  
73 auch bei  
74 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards  
75 in ganz  
76 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke  
77 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige  
78 Grundlagen für  
79 gute Arbeit.  
80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert  
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in  
82 Europa  
83 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf  
84 unsere  
85 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat.  
86 Die  
87 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach  
88 klaren  
89 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir  
90 wollen, dass  
91 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der  
92 gesetzliche

82 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für  
Beschäftigte  
83 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt  
werden:  
84 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent  
müssen  
85 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit  
86 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die  
Reichweite von  
87 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die  
88 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames  
89 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich  
90 lohnt.

91 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend  
ausbauen, indem  
92 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an der Seite  
der  
93 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den  
Europäischen  
94 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die  
95 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische  
96 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
Unternehmen in  
97 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung  
von  
98 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
Betriebsräten ein.

99 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
100 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von  
Arbeitnehmer\*innen ein, die  
101 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen  
abgestimmt ist.

102 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer  
sich  
103 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger  
104 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz  
der  
105 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

## 106 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

107 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen  
entstehen  
108 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird  
flexibler,  
109 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der digitalen  
110 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von  
111 Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein.

- 112 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste  
anbieten  
113 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission  
schätzt, dass 4  
114 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen  
Gesetzgebung zu  
115 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,  
116 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu  
unzureichender  
117 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht  
zudem bessere  
118 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem  
Arbeitsinspektionen  
119 stärken.
- 120 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
121 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
122 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die  
ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der  
123 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir  
beenden. Um  
124 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen  
wir uns für  
125 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.
- 127 **Freizügigkeit einfacher machen**
- 128 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein  
Grundprinzip  
129 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Damit  
das  
130 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere  
Koordinierung  
131 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.
- 132 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU  
Sozialversicherungsansprüche, die  
133 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können  
134 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die  
135 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die  
Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir  
136 wollen  
137 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,  
um soziale  
138 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und  
die  
139 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen.
- 140 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner\*innen oder Menschen mit  
chronischen

141 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein  
Europäischer  
142 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit  
von  
143 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung  
entbürokratisieren.  
144 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
145 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern  
und einen  
146 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

147 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum  
Alltag  
148 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Wir  
wollen, dass  
149 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern  
prinzipiell  
150 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen  
wir uns  
151 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im  
152 Homeoffice zu arbeiten.

### 153 **Ausbeutung bekämpfen**

154 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein  
155 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus  
Österreich in  
156 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:  
Unionsbürger\*innen und  
157 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und  
Ausbeutung,  
158 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

159 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-Fernfahrer\*innen,  
bei  
160 Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen  
Formen der  
161 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende  
162 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
Schulungen in  
163 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern  
sollten. Auch  
164 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der  
Europäischen  
165 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame  
166 koordinierte Inspektionen erhalten.

167 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von  
Subunternehmen zu  
168 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern.  
Immer  
169 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in

überfüllten  
170 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die  
direkt  
171 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen  
wir  
172 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.  
173 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich  
Betroffene einfach  
174 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren  
Durchsetzung  
175 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die  
176 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und  
Unterstützungsstrukturen  
177 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in  
der  
178 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische  
Zahlungen im  
179 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen  
in der  
180 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität  
muss nun  
181 effektiv umgesetzt werden.

## 182 **Kinderarmut abbauen**

183 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das  
entspricht  
184 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur  
sehr  
185 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen  
Mangel im  
186 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und  
erfolgreiches  
187 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu  
188 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut  
ausgebauten  
189 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die  
Bundesregierung  
190 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen  
Kinderarmut auf  
191 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht  
mehr versteckt  
192 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
abgesichert  
193 sind.  
194 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der  
Europäischen  
195 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder aus  
196 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang zu

Bildung

197 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung  
der  
198 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

### 199 **Soziale Mindeststandards verankern**

200 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.  
Hohe

201 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell  
verschärft.

202 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen  
können, die

203 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer  
verbindliche

204 Mindeststandards.

205 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene  
Mindestsicherungssysteme zu

206 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards  
mit

207 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In  
diesem

208 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem  
jeweiligen

209 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit  
fördern und

210 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für  
einen

211 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

### 212 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

213 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge  
gegen

214 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre  
aus den

215 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest

216 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen  
ermöglichen.

217 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten  
aber

218 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit  
dem

219 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der  
Coronapandemie

220 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz  
von

221 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im  
Jahr

222 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf



dieser

- 223 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein  
224 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und  
225 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen  
226 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

## 227 **Wohnen bezahlbar machen**

- 228 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der  
229 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben, ist für alle  
230 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende Mieten und ein  
231 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter\*innen bis in die Mitte der  
232 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren  
233 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor\*innen, die europaweit im  
234 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und  
235 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand  
236 stellen, um Mieter\*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen.
- 237 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten  
238 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu  
239 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen.  
240 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander  
241 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir  
242 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen Fördermittel  
243 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

## 244 **2. Starke Regionen**

### 245 **Kommunen stärken**

- 246 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.  
247 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen

248 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der  
kommunalen  
249 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip –  
also  
250 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das  
251 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

252 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll,  
wo  
253 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben  
der  
254 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das  
Ehrenamt  
255 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und  
mit einer  
256 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
257 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf  
nicht dazu  
258 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es  
braucht  
259 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in  
den  
260 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die  
Rechtssicherheit  
261 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu entscheiden.  
So können  
262 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir  
in der  
263 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für  
neue  
264 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen  
Gestaltungsspielräume  
265 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

266 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine  
existenzielle  
267 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der  
Bürgerinitiative  
268 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit  
Trinkwasser  
269 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen  
270 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der  
Wasserversorgung aus der  
271 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

272 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
Zivilgesellschaft  
273 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb  
wollen wir  
274 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
275 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie  
die  
276 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden

regionalen  
277 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen.  
Sie wollen wir  
278 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll  
279 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit grenzüberschreitenden  
280 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der Zusammenarbeit  
der  
281 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah  
am Alltag der  
282 Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

### 283 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

284 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: in  
den  
285 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente Förderpolitik in  
der EU  
286 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels  
287 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
Regionen in  
288 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in  
seiner  
289 Größe an den Herausforderungen orientieren.

290 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen  
291 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen  
Mitgliedstaaten.  
292 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der  
293 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.  
Strukturschwache und  
294 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
295 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt  
stellen,  
296 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

297 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
298 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen  
Menschen und  
299 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-  
300 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter\*innen der Zukunft vor Ort  
und  
301 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

302 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig  
Effizienz und  
303 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel  
an  
304 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische  
Sozialfonds  
305 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche  
306 Gründer\*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet.  
Wir

307 stattdessen den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive  
308 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein,  
dass  
309 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für  
eine  
310 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und  
Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen  
311 wahrzunehmen,  
312 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.  
Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln.  
313 Die  
314 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge  
und  
315 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür  
316 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu  
erleichtern.  
317 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige  
318 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um bürokratische  
Hürden  
319 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen  
einführen und  
320 ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung  
befreien.  
321 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.  
Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der  
322 Zivilgesellschaft  
323 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft  
gegenseitiges  
324 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung  
325 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche  
Beratungen  
326 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So  
327 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

### 328 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

329 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet  
erheblich über  
330 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume  
näher  
331 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell  
gestärkte Kommunen  
332 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle  
333 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie  
eine  
334 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen  
können.  
335 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und  
336 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir

## Förderansätze

337 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.  
338 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche  
Wertschöpfung  
339 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent  
Mehrfachnutzen  
340 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik  
oder  
341 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der  
Erneuerbaren und  
342 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten  
Einsatz  
343 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir  
setzen uns  
344 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die  
Entwicklung des  
345 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

## 346 **Vergaberecht modernisieren**

347 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des  
Green  
348 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere  
Zukunft,  
349 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen  
Kriterien  
350 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine  
gerechte und zukunftsste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische  
352 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am  
Menschen  
353 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die  
europäische  
354 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen  
Arbeitsmarkt: Es  
355 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs  
werden. Ein  
356 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa.  
357 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir  
358 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten in der  
EU  
359 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches  
360 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.  
361 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und unkomplizierte  
Verfahren  
362 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe  
363 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare  
364 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive

365 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die  
366 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe  
öffentlicher  
367 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

### 368 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

#### 369 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

370 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

371 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für  
unsere

372 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen

373 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
374 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige

375 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit  
zustande gekommen

376 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen  
und

377 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei  
Grenzschießungen

378 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen  
379 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und  
die

380 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und  
zwischen den

381 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu  
bewältigen.

382 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die  
Krisenvorsorge zu

383 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene  
zusammenarbeiten. Die EU

384 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu  
ergänzen. Sie

385 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen  
wir uns

386 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale  
Gesundheitsinitiativen

387 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu  
bezahlbaren

388 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn  
Gesundheitskrisen

389 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse,  
denn

390 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven  
Technologie- und

391 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole  
auf  
392 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu  
überlebenswichtigen  
393 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht  
verhindern.

#### 394 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

395 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten  
Zeichen der  
396 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den  
Folgen von  
397 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen  
398 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die  
notwendige  
399 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen  
wir  
400 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie  
zu  
401 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,  
beispielsweise  
402 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

403 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer  
sogenannten  
404 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.  
Damit  
405 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit  
nicht isoliert  
406 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
407 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere  
408 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen;  
weniger  
409 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere  
Luft  
410 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

#### 411 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

412 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,  
konfliktreich  
413 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen  
sind. Diese  
414 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen  
jungen  
415 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen  
wird der  
416 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige  
417 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern.  
Wir

418 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die  
419 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
besser zu  
420 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und wollen  
zusammen  
421 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen  
für mentale  
422 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen.  
Darum  
423 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit  
übergreifend in  
424 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres  
425 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht  
die  
426 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine  
möglichst  
427 rasche und umfassende Umsetzung ein.

428 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen  
häufig  
429 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die  
Pandemie  
430 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns  
mit  
431 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration  
ein.

### 432 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

433 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:  
alternde  
434 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
435 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren  
Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit häufig  
auch eine  
436 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in  
Kauf nimmt.  
437 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die  
EU-  
438 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen  
die  
439 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu  
machen  
440 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser  
vorzubeugen und diese  
441 früher zu melden.  
442 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln  
und zu  
443 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen



wir zwei

445 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind,  
446 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig  
verfügbar  
447 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es  
bislang  
448 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die  
Anreize für  
449 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen zugleich  
aber nicht  
450 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von  
451 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für  
geschlechterspezifische  
452 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung  
zwischen Frauen  
453 und Männern besser berücksichtigt werden.

454 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der  
Mangel an  
455 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu  
immensen  
456 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung  
eingesetzt  
457 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
sowie die  
458 Preisgestaltung einhergehen.

#### 459 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

460 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche  
461 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser  
diagnostiziert,  
462 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung  
von  
463 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern  
grenzüberschreitend in  
464 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb  
europaweit  
465 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

466 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient\*innen stärken.  
Eine  
467 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient\*innen, eine  
468 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu den  
Daten  
469 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen  
müssen  
470 umfassend berücksichtigt werden.

471  
472 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für  
die  
473 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von Notsituationen in

der  
474 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen  
Paradigmenwechsel in  
475 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren  
476 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die  
Versorgung der  
477 Patient\*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung  
des  
478 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören  
zu den  
479 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

480  
481 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine  
einheitliche  
482 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
grenzüberschreitende Nutzung  
483 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende  
Nutzung von  
484 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch  
die  
485 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

#### 486 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

487 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein.  
Daher  
488 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.  
Durch einen  
489 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und  
Verbreitung  
490 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen  
491 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen  
Immunsystemen wie  
492 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu  
Hunderttausenden  
493 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt  
werden, wo  
494 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick nehmen.  
Wir  
495 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und die  
Forschung  
496 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung  
überprüfen, ob  
497 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

498 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten  
bleiben  
499 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den  
entsprechenden  
500 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen  
Produkten

501 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch  
502 Maßnahmen für  
503 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von  
504 Antibiotikarückständen in  
505 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer  
506 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

### 505 **Der Pflege den Rücken stärken**

506 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind  
507 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu  
508 fördern. Der  
509 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in  
510 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die  
511 berufliche  
512 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die  
513 Arbeitsbedingungen des  
514 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
515 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen  
516 innerhalb der EU  
517 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für  
518 wettbewerbsfähige  
519 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen  
520 Branchen ein.  
521 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und  
522 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in  
523 Forschungs-  
524 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der  
525 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten  
526 wollen wir  
527 fördern.

528 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern  
529 wir  
530 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei  
531 der  
532 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten  
533 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

### 524 **Cannabis europaweit legalisieren**

525 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und  
526 zeitgemäßen  
527 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine  
528 zeitgemäße  
529 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die  
530 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem ersten  
531 großen  
532 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition  
533 endlich  
534 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf

Vernunft

531 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die  
Konsument\*innen in  
532 ihrer freien bewussten Entscheidung.

533 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken wir die

534 Verbraucher\*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir  
Prävention und

535 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den

536 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine europaweite

537 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns in  
Europa

538 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die  
Produktion,

539 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

## 540 **4. Bildung und Chancen**

### 541 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

542 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie  
vernetzen,

543 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen  
Kontinent

544 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen Hochschulen  
oder

545 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018  
jetzt bereits

546 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere

547 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke  
ein.

548 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European  
Degree). Ein

549 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das binationale,  
550 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches  
Qualitätssiegel

551 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen schafft.

552 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in  
Museen,

553 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue  
Horizonte. Viele

554 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende  
aus

555 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen

556 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC)  
und dem

557 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen

558 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
559 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und  
560 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

### 561 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

562 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet  
viele  
563 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir  
mit  
564 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU  
geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem  
Land in  
565 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und  
Absolvent\*innen  
566 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur  
durchlaufen.  
567 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die  
Anerkennung  
568 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse  
einfacher und  
569 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

571 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft  
kompliziert,  
572 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders  
kontraproduktiv. Für  
573 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis  
(EBA) in ihrem  
574 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die  
575 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen  
lassen zu  
576 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich  
erweitern.

### 577 **Politische Bildung gegen Desinformation**

578 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
579 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:  
580 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und  
versuchen,  
581 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre  
582 Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und  
europäisch  
583 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische  
584 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische  
585 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und  
junge  
586 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur

## Verfügung

587 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

588 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse  
zielgruppengerecht

589 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in  
Zeiten von

590 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und  
Aufklärung auch

591 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach  
klaren

592 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere

593 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

## 594 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

595 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU.  
Über

596 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und  
berufliche

597 Austausch ermöglicht.

598 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr  
Menschen

599 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub  
oder

600 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins  
Ausland

601 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu  
können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-

602 Teilnehmer\*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos  
nach

604 Hause und zurück zu fahren.

605 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-  
Erfahrung

606 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie  
Informationen

607 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden, wie  
Menschen

608 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

609 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das  
Programm

610 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele  
Möglichkeiten,

611 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit  
besseren

612 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen  
wir

613 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

614 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit  
Blick  
615 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür  
einsetzen,  
616 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 617 **5. Europas Jugend**

### 618 **Jugend beteiligen**

619 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander.  
Um dies  
620 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine  
außerordentliche  
621 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und  
europaweit  
622 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die  
die  
623 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer  
624 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
625 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden  
scheitert.  
626 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung  
über  
627 Erasmus+ aus.

628 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort  
629 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind  
derzeit im  
630 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in  
Deutschland  
631 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns  
dafür  
632 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit  
633 wird.

634 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell  
weiter  
635 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die  
die  
636 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen,  
dieser  
637 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die  
Ergebnisse  
638 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission  
einfließen  
639 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im  
Europäischen  
640 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die

641 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In  
der EU-  
642 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir  
wollen  
643 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen  
junger  
644 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die  
645 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

### 646 **Freiwilligendienste ausbauen**

647 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der  
Zivilgesellschaft  
648 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen  
Europäer\*innen ist  
649 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der  
Demokratieförderung,  
650 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.  
651 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen,  
gerade  
652 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir  
bessere  
653 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder  
leisten  
654 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine,  
Verbände  
655 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte  
der  
656 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.  
657 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die  
Erfahrungen,  
658 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen:  
Viele von  
659 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem  
europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen  
660 überall in  
661 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten  
können.

### 662 **Europa entdecken**

663 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal  
im Jahr  
664 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann  
in einem  
665 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.  
Gemeinsam mit  
666 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie  
vielfältig



667 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig  
noch  
668 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse  
zu  
669 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen  
Menschen aus  
670 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass  
Gruppen  
671 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 672 **6. Verbraucherschutz**

### 673 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

674 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken  
Bürger\*innen.  
675 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen  
Binnenmarkt  
676 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert  
Konsum,  
677 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur  
Vorreiterin:  
678 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne  
Infrastruktur oder  
679 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.  
680 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile  
Endgeräte,  
681 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische  
Standard  
682 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert  
683 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum  
digitaler  
684 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
685 Ladetechnologien mit einschließen.  
686 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
687 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen  
bessere  
688 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass  
relevante  
689 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.  
690 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
691 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen.  
Ein  
692 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine  
Neuanschaffung  
693 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen  
verlängert sich mit  
694 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte

die  
695 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten.  
696 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur  
Selbstverständlichkeit.  
697 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen  
Gebrauchsgegenständen  
698 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher  
Halb-  
699 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um  
Sicherheit  
700 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein  
701 Register für Nanopartikel.  
702 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der  
Verbraucher\*innen  
703 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander  
abgestimmten  
704 Mechanismen von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen  
Stromerzeugung  
705 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die einfache  
Integration von  
706 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

#### 707 **Fahrgastrechte garantieren**

708 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher nutzbar  
sein.  
709 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden –  
ganz  
710 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites  
einheitliches  
711 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den  
Planungsaufwand  
712 erheblich senkt.  
713  
714 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die  
Entschädigung für  
715 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75  
Prozent nach  
716 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.  
717 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel  
ankommen.  
718 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im  
Verbraucherschutz bei  
719 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der  
720 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von  
Flugreisen.  
721 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die  
Verordnung

722 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information  
der  
723 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den  
Anspruch der  
724 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

725 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen  
zur  
726 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine  
727 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente  
Preisgestaltung für  
728 alle Gepäckvarianten ein.

729 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle  
730 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

### 731 **Vor Kostenfallen schützen**

732 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche

733 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.  
734 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu  
kündigen,

735 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der  
Kündigung. Die

736 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur  
Kostenfalle.

737 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen  
leicht

738 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir  
sorgen so für

739 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird  
die

740 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die  
Beweislast

741 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese  
nicht

742 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen: Verträge  
sollen

743 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.  
Wir setzen

744 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben  
Kund\*innen so

745 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.